Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/254
20.09.2006

Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

17. Sitzung (öffentlich)

20. September 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:40 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW – StaBefrG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Stellungnahmen 14/517, 14/518 und 14/519

- Diskussion 1
- Ergebnis: *Zustimmung* 2

2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2242

- Diskussion 2
- Ergebnis 2

3 Überprüfungsverfahren der EU in Sachen Verstoß gegen das europäische Wettbewerbsrecht im Vergabeverfahren zur Errichtung der Nordhallen der Koelnmesse GmbH

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– Bericht der Landesregierung

- Bericht durch MR Dr. Tobias Traupel (MWME) 2
- Diskussion 4
- Ergebnis 4

4 Das NRW-Ziel-2-Programm 2007 bis 2013: EFRE und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2108

- Diskussion 4
- Ergebnis: *ohne Votum* 4

* * *

Sie habe, da in dem vorliegenden Gesetzentwurf gewisse Grundstandards nicht landeseinheitlich vorgegeben würden, die Sorge, dass die Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung von wichtigen Aufgaben in den Bereich Bildung oder Umwelt nicht genügend Beachtung fänden. Daher werde ihre Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Der **Ausschuss nimmt** den Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/1860** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **an.**

2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, der Gesetzentwurf sei am 31. August 2006 vom Plenum federführend an den AKV sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen worden. Zunächst sollte das Beratungsverfahren festgelegt werden.

Hans-Willi Körfges (SPD) beantragt für seine Fraktion aufgrund des erheblichen Nachfragebedarfs eine öffentliche Anhörung. – **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** schließt sich dem für ihre Fraktion an.

Der **Ausschuss** kommt sodann überein, die **Anhörung** zu dem Gesetzentwurf am 29. November durchzuführen. Die Obleute werden gebeten, alsbald Fragenkatalog und Sachverständigenkreis dem Vorsitzenden über das Ausschusssekretariat mitzuteilen.

3 Überprüfungsverfahren der EU in Sachen Verstoß gegen das europäische Wettbewerbsrecht im Vergabeverfahren zur Errichtung der Nordhallen der Koelnmesse GmbH

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

– Bericht der Landesregierung

MR Dr. Tobias Traupel (MWME) berichtet zu den Verfahrensfragen, die durch einen Bericht des ARD-Magazins Monitor zum Verlauf des Prüfverfahrens der Europäischen Kommission hinsichtlich der vergaberechtlichen Relevanz der Grundstücksgeschäfte bezüglich der Koelnmesse entstanden sind: